



## TV-Tipp: Sarrazin zieht Resümee bei Markus Lanz



Thilo Sarrazin ist heute Abend zu Gast bei Markus Lanz im ZDF (23:15 – 00:20 Uhr, [hier das Video der Sendung](#)). Auf der [Seite der Sendung](#) wird angekündigt, dass der Ex-Bundesbanker „Resümee ziehen und seine persönlichen Erfahrungen der letzten Monate schildern“ wird. Wir sind gespannt!

» [zuschauerredaktion@zdf.de](mailto:zuschauerredaktion@zdf.de)

*(Spürnase: Kölschdoc)*

---

**War Astrid Lindgren**

# rassistisch?



In Bonn haben wir es aktuell mal wieder mit einem besonders dankbaren Exemplar von Einwanderer zu tun. Der 54jährige Kongolese Kaisa Ilunga (Heimatbruttoinlandsprodukt pro Einwohner: Kaufkraftbereinigt 300 US-Dollar pro Jahr) [leidet unter etwa 70 Exemplaren der Kinderbücher über „Pippi Langstrumpf“](#), in denen Pippi ihren Vater einen „Negerkönig“ nennt. Diese Bücher sind offenbar noch in der Bonner Stadtbibliothek und dortigen Schulen zu finden.

*(Von Thorsten M.)*

Dazu muss man wissen: Jedes Buch ist ein Kind seiner Zeit. Und als Astrid Lindgren in den 40er-Jahren die Figur „Pippi Langstrumpf“ schuf, ging man noch arglos mit dem damals (wie eigentlich auch heute) zutreffenden Klischee eines wenig entwickelten und ungezähmten Afrika um. In Zeiten der politischen Korrektheit und der Gleichheitsideologie ist gleichwohl ein solch unverkrampfter Umgang mit Afrikanern nicht mehr statthaft, gilt gar – wie uns Herr Ilunga als Mitglied des Bonner Integrationsrats belehrt – als rassistisch.

Nun ist es nicht so, dass Schland\* die Größe dieses Problems aktuell unterschätzen würde. Der das Buch publizierende Verlag Friedrich Oetinger hat die Wörter „Neger“ und „Zigeuner“ beim Großreinemachen anlässlich einer Neuauflage 2009 längst entsorgt. Wie das Verlagshaus einräumt, nicht ohne vorherige Gegenwehr der Lindgren-Erben, da auch Astrid Lindgren sich ihr

Leben lang gegen diese Zensur ihres Werkes gewehrt hatte. (Trotzdem kam noch nie jemand im Traum auf die Idee Astrid Lindgren eine Rassistin zu nennen.) Aber dies reicht offenbar Integrationsrat Ilunga nicht, so dass er trotz eines jährlichen strukturellen Defizits von 100 Mio Euro in der Bonner Stadtkasse nicht darauf warten möchte, bis die Exemplare altersbedingt sowieso durch politisch korrekte ersetzt würden.

Wie sich Herr Ilunga beeilt mitzuteilen, ärgern sich außer ihm natürlich auch noch andere Eltern und Schüler über diese Bücher. Es ist auch überhaupt nicht auszuschließen, dass irgend ein debiler biodeutscher Gutmensch dieses Thema überhaupt erst hinter den Kongolesen gesteckt hat. Aber er kann als alt genug gelten, zu wissen, was er da tut und wie manch einer aus der Perspektive des Gastgebers solche Vorstöße vielleicht als etwas anmaßend bewertet.

Übrigens war uns bei diesem Thema die DDR einmal mehr einen Schritt voraus: In der dortigen Auflage war schon vor Jahrzehnten der „Negerkönig“ ein „König der Takatukaner“. Sollte dies ein Beleg mehr sein, dass wir uns auf dem Weg in die DDR 2.0 befinden?

*\* „Schland“ ist die Fußball-WM-populärsprachliche Abkürzung von DeutSCHLAND und steht für ein Land, das aus Spaßgesellschaft auf der einen und PC auf der anderen Seite besteht, wobei letztere der ersteren die Leute in Scharen zutreibt.*

» Kontakt: [stadtbibliothek@bonn.de](mailto:stadtbibliothek@bonn.de)

---



## Saudi wollte George W. Bushs Haus sprengen



Khalid Ali Aldawsari (Foto), ein 20-jähriger aus Saudi-Arabien stammender Chemiestudent in Texas, kaufte Sprengstoff übers Internet, um [Bomben in Puppen und Kinderwagen](#) zu verstecken. Er wollte damit Dämme in Colorado in Kalifornien, Nuklearanlagen und das Haus des „Tyrannen“ George W. Bush in Dallas in die Luft jagen.

Sein Motiv: „Es herrscht Krieg... bis die Ungläubigen besiegt sind.“ Aldawsari, der für die USA ein Studenten-Visum besitzt, wurde am Mittwoch festgenommen und heute wegen des Versuchs, Massenvernichtungswaffen einzusetzen, angeklagt. Er muss sich für seine Pläne, zu deren Durchführung er zum Teil bereits die Inhaltsstoffe hatte, vor Bundesgericht verantworten.

---



## Kurzmeldung – die Grünen und die Moral



Die Grünen halten sich für die moralisch besseren, fühlen sich als politische Saubermänner der Nation, und Claudia Roth gibt gern mal die Empörung, wenn andere einen Fehler gemacht haben. Doch nun hat's auch die Grünen schwer erwischt: „Der Schatzmeister der brandenburgischen Grünen, Christian Goetjes (Foto l.), ist verschwunden. Und gleichzeitig sind 40.000 Euro weg. Nun besteht auch noch Verdacht auf Geldwäsche“, schreibt die „taz“. Geldwäsche bei den Grünen also – wer hätte das für möglich gehalten? Den ganzen Artikel lesen Sie [hier](#).



# Scharia in Spanien: Weg mit den Hunden!



Wohin es führt, wenn im Namen der grenzenlosen Religionsfreiheit auf immer mehr Forderungen der Mohammedaner eingegangen wird, zeigt ein aktuelles Beispiel in Spanien: Noch mehr Forderungen! Noch mehr Scharia! [In der katalonischen Stadt Lleida](#) fordern jetzt die islamischen Verbände, dass ab sofort alle Hunde aus allen öffentlichen Verkehrsmitteln und auch aus den überwiegend von Mohammedanern bewohnten Stadtvierteln verbannt werden sollen.

Einen entsprechenden Antrag an die Stadtverwaltung haben sie bereits gestellt. Hunde gelten für Mohammedaner als „unreine Tiere“, schwarze Hunde gelten sogar als „shaitan“ (Teufel). Schwarze Hunde dürfen islamkonform grundsätzlich [immer getötet](#) werden. Dementsprechend finden auch in der Türkei immer mal wieder [Massaker an Hunden](#) statt, die dann in Massengräbern verscharrt werden.

In Lleida behaupten die dortigen Mohammedaner, die Präsenz von Hunden in ihrer Stadt würde „ihre Religionsfreiheit einschränken und ihnen keine korangemäße Lebensführung ermöglichen“. Deshalb müssten sie weg.

Auch hierzulande weigern sich immer mehr mohammedanische [Taxifahrer](#), Hunde zu befördern, ja selbst Blindenhunde werden stehengelassen.

Es ist an der Zeit, dass endlich die [„Grenzen der Religionsfreiheit“](#) klar und deutlich aufgezeigt werden und die

„Verfassungswidrigkeit islamischer Religionsausübung“ als Prämisse künftiger politischer Entscheidungen und Gesetzgebung mehr Berücksichtigung findet. Unsere Dressureliten werden wohl erst dann aufwachen, wenn der eigene Schoßhund von der Religionspolizei abgeholt wird.

---

Buchtipp:

---



## **„Europa ist beschämend im Vergleich zur Türkei“**



Wäre die Türkei in der EU, wäre Europa weniger kleingeistig, beschämend, reaktionär und ängstlich. Europa hätte (unter dem inspirierenden Vorbild der Türkei) die Probleme in der arabischen Welt besser gelöst, urteilt die Iranerin Golineh Atai in einem herablassenden Kommentar über die im Vergleich zur Türkei zurückgebliebene europäische

Politik und Gesellschaft [in der ARD-Tagesschau](#).

Das Original-Video des dem deutschen GEZ-Zahler zugemuteten Kommentars sehen Sie hier:

*(Spürnasen: survivor und johannwi)*

---

# Angriffe auf koptische Klöster



Da soll noch mal jemand sagen, die ägyptischen Muslime wüssten mit der neu gewonnenen Freiheit nichts anzufangen. Viele Kopten haben jedenfalls nicht das Gefühl, dass der Fall des Mubarak-Regimes die Lage verbessert hat, vielmehr erhärtet sich der Verdacht, dass sich alles eher zum Schlimmeren wendet.

*(Von Cassandra Komplex)*

Nach dem Mord an Pater David Boutros ([PI berichtete](#)) kam es wieder zu neuen Übergriffen. Als die koptische Gemeinde an der Kirche des Heiligen Georg im Dorf Elheraidya versuchte, die Glocke zu reparieren, rief das einen [Mob von über 3000 Muslimen](#) auf den Plan. Da sowohl Bau als auch Renovierung von christlichen Kirchen einer Genehmigung bedarf, die aber in der



Regel verweigert wird, umzingelten die Rechtgeleiteten die Kirche in der Absicht, sie zu zerstören. Der koptische Diakon Raafat Rasmy berichtet: „Über 3000 Moslems umzingelten die Kirche, weil wir eine Glocke im Turm hängen wollten. Mit Macheten, Schwertern, Schusswaffen und Knüppeln versuchten sie die Kirche zu zerstören. Seltsamerweise haben sie sich selber vertrieben!“

Glücklicherweise fanden sich etwa 15 Muslime in der Menge, die versuchten, dem Mob von seinem Vorhaben abzubringen. Das sorgte für Tumult zwischen den beiden Lagern, die sich mit Knüppeln und Stöcken gegenseitig attackierten. Von ihrem ursprünglichen Ziel abgelenkt löste sich die Belagerung der Kirche wenig später von selbst auf.

Weniger glimpflich ging es im Kloster des Heiligen Bischoy ab, das von der ägyptischen Armee unter Beschuss genommen und belagert wurde. Mehrere Mönche wurden verletzt und einige in Gewahrsam genommen. Genaue Zahlen liegen derzeit nicht vor. Das Militär gestattete nicht mal, Verletzte ins Krankenhaus zu transportieren. Ein Fahrzeug mit einem Pater und drei Jugendlichen, die im Kloster arbeiten, wurde beschossen und zur Rückkehr ins Kloster gezwungen.

An gleicher Stelle [meldet unser Partnerblog Kopten ohne Grenzen](#) von einem zeitgleichen Angriff auf das Kloster des Heiligen Makarius, bei dem sechs Mönche von den Schüssen getroffen wurden. Nach einem Augenzeugenbericht von Pater Abd Elmassih wurde das Kloster von Panzern und LKWs der Armee belagert: „Was uns nicht überrascht hat, riefen die Soldaten Ägyptens und unsere Mitbrüder in dieser Heimat, ‚Allahu Akbar‘, während sie die Mauer auf unserem Eigentum mit den Bulldozern und Panzern dem Erdboden gleich machten. Kurz danach zogen sie sich zurück und hinterließen uns, ohne zu fragen, wie wir unsere sechs Verletzten verarzten können.“

Auch das Kloster des heiligen Paul am roten Meer wurde von einem Mob gestürmt. Es gelang den Mönchen jedoch, die

Angreifer wieder zu vertreiben. Es ist kaum nötig zu erwähnen, dass weder Polizei noch Armee zu Hilfe eilen wollten.

In der deutschen Presse findet man solche Meldungen freilich vergebens. Immerhin ist es [Spiegel Online eine Meldung wert](#), dass in Folge der Unruhen Reisen nach Ägypten derzeit zu Schnäppchenpreisen zu haben sind. Das fällt dann wohl eher in die Rubrik Abenteuerurlaub... wobei man sich ja als Urlauber noch relativ sicher fühlen darf, gehört doch der Tourismus zu den Haupteinnahmequellen Ägyptens. Jedenfalls sofern man nicht allzu offen christliche Symbole zur Schau stellt.

---



## Urananreicherungsanlage in Syrien entdeckt



Satellitenbilder, die gestern vom Washingtoner „Institute for Science and International Security“ veröffentlicht wurden, offenbaren einen Atomreaktor in der Nähe der syrischen Hauptstadt Damaskus, wie die *Süddeutsche Zeitung* [berichtet](#). Das Gelände wurde 2007 von den Israelis bombardiert. Der gegenwärtige

Status der Anlage ist unklar, zumal die Betreiber die Anlage nach der Bombardierung schnell räumten, [um Spuren zu verbergen](#). Eine Untersuchung durch die IAEA wird von Syrien verweigert.

*Damaskus ist bislang der Bitte von IAEA-Chef Yukia Amano nicht nachgekommen, die Kontrolleure erneut auf das Gelände zu lassen. Amano hatte deswegen Mitte November 2010 eigens einen Brief an den syrischen Außenminister Walid al-Muallim geschrieben, ein einmaliger Vorgang. Doch haben die Syrer immer noch „nichts Konkretes“ zugesagt, wie es aus Diplomatentreisen in Wien heißt. Nur allgemein ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit hätten sie bekundet. Ganz und gar unwahrscheinlich erscheint es daher, dass Syrien den Kontrolleuren etwa erlauben würde, mit einer Bohrung unter dem neuen Gebäude nach Hinweisen zu suchen, wie es Geheimdienstler für nötig halten. ...*

*Mehr Glück könnten die Atomdetektive dagegen in Marj as-Sultan haben, 15 Kilometer östlich von Damaskus. Dort befindet sich ein Komplex mit zwei Hauptgebäuden, der an einen Militärstützpunkt grenzt. Genau das führt Syrien als Begründung an, warum es eine Inspektion nicht zulassen könne. In der Umgebung wohnen offenbar betuchte Syrer, Villen lassen sich auf den Satellitenfotos erkennen, Swimmingpools in fast jedem Garten. Und anders als in al-Kibar stehen die verdächtigen Gebäude hier noch, die zumindest in früheren Jahren von einer Mauer umgeben waren.*

*Der SZ liegen Fotos vor, die aus dem Inneren der beiden Bauten stammen sollen. Es ist nicht bekannt, wann genau sie aufgenommen wurden. Zusammen mit anderen Informationen aber lassen sie erstmals die begründete Vermutung zu, dass Syrien dabei war, dort eine Anlage zur sogenannten Urankonversion zu errichten – eine Vorstufe zur Produktion von Brennstäben, wie sie für den mutmaßlichen Reaktor geeignet gewesen wären. In einem chemischen Prozess wird dabei Uran-Konzentrat – auch Yellow Cake genannt – in metallisches Uran umgewandelt, das*

*dann zu Brennelementen weiterverarbeitet werden kann. Dies könnte ein wichtiges Teil in dem verwirrenden Puzzle sein, das die IAEA-Inspektoren seit bald drei Jahren zusammensetzen versuchen. ...*

*Die Bilder aus dem kleineren Gebäude zeigen chemische Apparaturen dem Anschein nach aus Edelstahl, wie man sie nach Aussage eines westlichen Geheimdienstmitarbeiters „in einer Urankonversionsanlage erwarten würde“. Ein unabhängiger Experte bewertete die Informationen über die Ausrüstung ähnlich. Die Fotos zeigen etwa eine säulenförmige Apparatur, gut eineinhalb Stockwerke hoch, mit der vermutlich Verunreinigungen aus dem Uran entfernt werden sollten. Ähnliche Technik gibt es in der iranischen Konversionsanlage Isfahan. ...*

*Es kann sich auch um einen Zufall handeln. Zumindest aber verlangten die Inspektoren eine „Erklärung für diese Aktivitäten“ – bis heute vergebens.*

Video-Bericht über den ursprünglichen Reaktor:

---

**Journalist für  
„Rassendiskriminierung“  
verurteilt**



Die neue europäische Antidiskriminierungs-Gesetzgebung „wirkt“. Der bekannte islamkritische französische Fernsehjournalist Eric Zemmour (Foto) ist wegen „Anstiftung zur Rassendiskriminierung“ für schuldig befunden worden. Gleichwohl wurde zumindest der Anklagepunkt „Volksverhetzung“ fallen gelassen, obwohl Zemmour sich erlaubt hatte, pauschal über „schwarze oder arabische Drogendealer“ zu polemisieren. Das Gericht kam zu dem klaren Votum, dass er mit solchen Formulierungen „die erlaubten Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten habe“.

*(Von Thorsten M.)*

Auslöser für den Prozess waren Klagen verschiedener einwandererfreundlicher Organisationen in Folge von Fernsehauftritten Zemmours auf den Sendern France Ô et Canal +. Dort hatte der Journalist geäußert, dass Arbeitgeber das Recht haben müssten, von Zeitarbeitsfirmen zu verlangen, auf Wunsch keine Einwanderer zu schicken. Weiter rechtfertigte er aussehensbezogene Polizeikontrollen mit der Begründung, dass „eben die Mehrheit der Drogendealer Schwarze oder Araber“ seien. „Dies ist ein Faktum.“

Dass er hierfür einer Verurteilung wegen „rassistischer Volksverhetzung“ entgangen ist, war dabei nur der Tatsache geschuldet, dass er eben nicht die Gesamtheit der Araber oder Afrikaner als Drogendealer bezeichnet hat.

Das Gericht verurteilte den Journalisten zu 2000 € Geldstrafe auf Bewährung, verbunden mit der sicher teureren Auflage, auf seine Kosten in Publikationen nach Wahl der Kläger (u.a. SOS

Racisme) eine entsprechende juristische Stellungnahme zu veröffentlichen. Das Tribunal folgte damit dem Plädoyer der Staatsanwältin, Anne Defontette, die einen partiellen Freispruch und eine symbolische Strafe gefordert hatte. Wer allerdings Eric Zemmour kennt, weiß, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass er die Geldstrafe wegen Verstoßes gegen die Bewährungsaufgaben noch wird bezahlen müssen.

Videos zum Fall (auf französisch):

(Quelle: [FdeSouche](#))



**„Thierse ist eine Schande und muss zurücktreten“**



„Thierse ist eine Schande und muss zurücktreten!“ Diese Forderung stammt diesmal nicht von PI, sondern von der [Deutschen Polizeigewerkschaft \(DPoIG\)](#) in Person ihres Bundesvorsitzenden Rainer Wendt (Foto). Hintergrund der berechtigten Forderung ist die verbale Attacke des Bundestagsvizepräsidenten Thierse gegen die Polizei anlässlich der linksextremen Ausschreitungen während einer Demonstration der „Landmannschaft Ostdeutschland“. Thierse teilte diesbezüglich mit: „Die Polizei ist eben vollauf damit beschäftigt, die Neonazis zu schützen“.

Die [bundesdeutsche Linkspresse](#) schweigt das Thema bisher lieber tot. Die Junge Freiheit [schreibt](#):

### ***Polizeigewerkschaft nennt Thierse „Schande für das Parlament“***

*BERLIN. Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hat Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) zum Rücktritt aufgefordert: „Thierse ist eine Schande für das deutsche Parlament. Ich habe großen Respekt vor dem Bundestag, aber ich schäme mich für seinen Vizepräsidenten. Er muß zurücktreten“, sagte Wendt der JUNGEN FREIHEIT.*

*Hintergrund ist die Kritik Thierses am Polizeieinsatz vom vergangenen Wochenende in Dresden anlässlich linksextremer Ausschreitungen während einer Demonstration der Jungen Landmannschaft Ostdeutschland. Gegenüber dem MDR hatte Thierse moniert: „Die Polizei ist eben vollauf damit*

*beschäftigt, die Neonazis zu schützen. (...) Das ist sächsische Demokratie.“ Der Vizechef der Polizeidirektion Oberes Elbtal/Osterzgebirge, Andreas Arnold, hat deswegen mittlerweile Strafanzeige gegen den SPD-Politiker gestellt.*

*Wendt warf Thierse vor, sich über die Verfassung zu stellen: „Der Mann ist ein Totalausfall. Das Gesetz interessiert ihn offenbar nicht. Wer sich angesichts von 82 verletzten Beamten hinstellt und die Polizei dafür kritisiert, daß sie die Gesetze durchsetzt, die er als Politiker selbst mit zu verantworten hat, ist als Vizepräsident des Bundestags einfach nicht mehr tragbar.“*

*Scharfe Kritik von CDU und FDP*

*Rücktrittsforderungen kamen auch vom sächsischen CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer: „Die Äußerungen von Wolfgang Thierse sind unerträglich. Er ist der Repräsentant der Demokratie und des Gesetzgebers. Menschen in dieser Funktion haben eine Fürsorgepflicht gegenüber den Menschen die die Gesetze vollziehen. Wer Polizisten in die Nähe von Neonazis rückt handelt charakterlos. Er sollte zurück treten“, sagte Kretschmer der Bild-Zeitung.*

*Sachsens FDP-Chef Holger Zastrow warf Thierse vor, mit seinen Äußerungen nicht nur die Polizisten „beleidigt, beschimpft und verhöhnt“ zu haben, sondern alle Sachsen. Solche Äußerungen seien dem Amt eines Bundestagsvizepräsidenten unwürdig. „Thierse verwechselt hier mutwillig Ursache und Wirkung: Als Demokraten müssen wir auch Nazi-Demonstrationen ertragen, so weh das tut. Aber nicht ertragen können und wollen wir, daß Linksextremisten Nazi-Aufmärsche unter dem Deckmantel des selbst erklärten Antifaschismus als Anlaß für gewalttätige Ausschreitungen mißbrauchen“, kritisierte der FDP-Politiker.*

**Aus gegebenem Anlass weisen wir die Polizeibeamten unter unseren Lesern darauf hin, dass die linke Polizeigewerkschaft**



GdP, die u.a. die Werbung für Bücher von [Dr. Udo Ulfkotte](#) verweigert hat (PI berichtete u.a. [hier](#), [hier](#) und [hier](#)), bisher nach wie vor die mitgliederstärkste Polizeigewerkschaft in Deutschland ist. [Die DPolG bietet dieselben Leistungen und ist ein angenehmer Gegenpol!](#)

---

## Neue Wählergemeinschaft in Hannover gegründet



Am 19.2. wurden in der niedersächsischen Hauptstadt DIE HANNOVERANER gegründet. Zum Vorsitzenden der unabhängigen Wählergemeinschaft, die in Zukunft mit der FREIHEIT kooperieren wird, wurde der hannoversche Ratsherr Jens Böning (Foto) gewählt. Erklärtes Ziel ist es, bei der Wahl des Stadtparlamentes in allen 14 Wahlbereichen anzutreten und in Fraktionsstärke in den Rat der Stadt Hannover einzuziehen.

Da Parteien und Wählergemeinschaften, die noch nicht im Rat der Stadt vertreten sind, pro Wahlbereich 30 Unterstützungsunterschriften (bei 14 Wahlbereichen = 420 Unterschriften) einreichen müssen, bitten DIE HANNOVERANER bereits jetzt alle Leserinnen und Leser aus Hannover:

*Wenn Sie im Stadtgebiet Hannover wohnen und bereit sind, mit*

*Ihrer Unterstützungsunterschrift einen Wahlantritt der HANNOVERANER zu unterstützen, dann melden Sie sich bitte unter [info@die-hannoveraner.org](mailto:info@die-hannoveraner.org). DIE HANNOVERANER setzen sich dann mit Ihnen in Verbindung. Selbstverständlich werden Ihnen keinerlei Kosten entstehen.*

Die neue Wählergemeinschaft wird sich hauptsächlich kommunalpolitischen Themen widmen, aber möchte auch nach eigenen Worten bei den „unbequemen“ Themen wie öffentliche Sicherheit und Integration nicht vor der political correctness einknicken.

Da DIE FREIHEIT nicht zur Kommunalwahl in Niedersachsen bzw. in Hannover am 11. September (eine Woche vor der wichtigen Berlin-Wahl) antritt, wird sie DIE HANNOVERANER im Wahlkampf teilweise mit unterstützen. Alle Forderungen der HANNOVERANER zur Kommunalwahl und die politischen Leitsätze lassen sich in Kürze unter [www.Die-Hannoveraner.org](http://www.Die-Hannoveraner.org) nachlesen.

Video der Antrittsrede von Jens Böning (wir bitten um Verständnis für die schlechte Tonqualität):

Teil 1:

Teil 2:

» [Pressemeldungen zur neuen Wählergemeinschaft](#)

---

# **Britische Volkszählung in 57**

# Sprachen



Das Geld der britischen Steuerzahler wird sinnvollerweise darin investiert, die neuste Volkszählung in [57 Sprachen zu übersetzen](#), darunter so exotische wie Tagalog, Igbo, Tigrinya, Shona und Pashto. Allein das Übersetzen der Formulare und die Support-Hotlines kosten die Behörden 482 Millionen britische Pfund, die von der Steuern zahlenden Bevölkerung wieder hereingeholt werden müssen.

Die meisten der von der Labour-Regierung angeordneten Übersetzungen sind absolut überflüssig. So beispielsweise die schwedische oder dänische Fassung, da die meisten Skandinavier, die in Großbritannien leben, perfekt englisch sprechen. Erstellt wurde die Masse der verschiedenen Ausgaben allein im multikulti-enthusiastischen Übereifer. Inhaltlich interessiert den Staat unter anderem, wie viele Schlafzimmer, Badezimmer und Schränke die Leute haben und was für eine Zentralheizung sie nutzen.

---

**BILD – keine Kritik an Erdogan-Plakat**



Die [BILD](#) greift heute das „...unser Ministerpräsident ist in Düsseldorf“-Plakat ([PI berichtete](#)), das derzeit flächendeckend an hunderten großen Plakatflächen und beleuchteten Reklametafeln in Düsseldorf und Köln zu sehen ist (Kosten: 360 000 Euro), ohne ein einziges Wort der Kritik auf. Ein Schelm wer Böses dabei denkt, dass dies irgendetwas mit der Vereinbarung des Axel Springer Verlags mit der Dogan-Gruppe aus dem Jahre 2009 zu tun hat...

» [info@bild.de](mailto:info@bild.de)